

AFGHANISTAN:
WIDERSTAND UND SOZIALE STRUKTUREN

Hartmut Dürste / Manfred Fenner

Seit der sowjetischen Besetzung Afghanistans vor mehr als zwei Jahren hat sich der Widerstand gegen diese Invasion fortwährend verstärkt. Journalisten und Politiker, die über die grüne pakistanisch-afghanische Grenze offensichtlich wohlpräparierte Erkundungen ins besetzte Land unternehmen, wissen von den Führern ihrer jeweiligen vom religiösen, sozialen und ideologischen Hintergrund sehr unterschiedlichen Begleittruppen von zahlreichen kriegerischen Erfolgen, von der praktisch nur durch die besetzten Städte und die russischen Helikopter eingeschränkten Bewegungsfreiheit der Aufständischen zu berichten; Filme und Artikel werden veröffentlicht, die die Vorstellung eines "Nationalen Widerstandes" aufkommen lassen können.

In Wirklichkeit unterscheidet sich dieser Guerillakrieg dadurch von anderen uns aus der jüngeren Geschichte bekannten Befreiungsbewegungen, daß der Widerstand nicht aus einem gemeinsamen Willen zur "Nationwerdung", sondern aus dem gemeinsamen Interesse der Stämme und Stammesföderationen zu Unabhängigkeit und Freiheit erwachsen ist. Dies ist das einigende Band, das sogar Stammeskonflikte¹ zeitweise in den Hintergrund drängt; es ist Stärke und Schwäche des Widerstandes zugleich. So ist das Wort eines englischen Diplomaten zu verstehen, es sei stets leichter gewesen, nach Afghanistan hinein, als mit Anstand herauszukommen².

Die Geschichte des Staates Afghanistan von Durani bis Zahir Schah ist durchzogen vom Prinzip der Autonomie der Stämme und ihrer jeweiligen freiwilligen oder unfreiwilligen, jederzeit Änderungen unterworfenen tribut- oder klientelabhängigen Beziehung zum Herrscher, Beziehungen, die der Nachfolger stets neu einzufordern und zu sichern hatte³.

Da Afghanistan wegen seiner Pufferfunktion im "Großen Spiel"⁴ für die Zentralasien dominierenden Mächte Rußland und England im 19. und bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts hinein niemals "Kolonie" war⁵, erhielten

sich besonders seine ländlichen Sozialstrukturen. Da auch die Sowjetunion im wesentlichen kein anderes Interesse als das der politischen inneren und äußeren Stabilität des moslemischen Landes an ihrer moslemischen Südgrenze besaß⁶, tradierten sich diese Strukturen bis heute.

Es dürfte für die Beurteilung der Vorgänge in Afghanistan nicht ohne Wichtigkeit sein, den engen Kontext zwischen tradierter Gesellschaftsstruktur, dem Scheitern der April-Revolution 1978 und dem Widerstand gegen die Besatzungsmacht seit Dezember 1979 genauer in den Blick zu bekommen.

STAAT UND STÄMME

Die jüngere innenpolitische Geschichte von Ahmed Khan 1740 bis Sardar Mohammad Daud Khan 1978 ist durchzogen von dem Bemühen der jeweiligen Herrscher, ein Gleichgewicht zwischen der staatsnotwendigen Zentralisierung und der politisch zur Stabilisierung der Macht unumgänglichen Autonomie für die Stämme und Stammesföderationen zu schaffen⁷. Wenn auch dieser "interne Tribalismus" teilweise durch die ökonomische Privilegierung der paschtunischen Khan-Elite⁸ gegenüber den anderen Nationalitäten und die Übertragung wichtiger juristischer Rechte an die sunnitische Dorfgeistlichkeit, die Mullahs⁹, aufgefangen werden konnte, so zwang dieses Bündnis gerade doch die Könige, sich bei allen durchgeführten oder angekündigten Verfassungsgebungen und gesetzgeberischen Maßnahmen (1924 Amanullah, 1931 Nadir Shah, 1969 Daud) der Zustimmung und Unterstützung dieser Gruppen zu versichern.

So lag die eigentliche Stütze der Monarchie nicht in den Händen des jeweiligen Parlamentes, sondern bis 1964 auch de jure in der mit einem Vetorecht in Steuerfragen ausgestatteten 1000köpfigen Versammlung der Stammesführer (Loyah Jirga)¹⁰. Auch das 1965 unter Zahir Schah mit allgemeinem, freiem und gleichem Wahlrecht für Männer und Frauen (!) gewählte Parlament (Wolesi Jirga) konnte und sollte in seiner sozialen Zusammensetzung - sieht man einmal von Wahlmodalitäten und -beteiligung ab¹¹ - trotz 20 "kritischer Abgeordneter" mit 146 Stammesführern und 25 Mullahs bei 216 Sitzen effektiv keine Änderung des bestehenden Herrschaftssystems bringen¹². Konsequenterweise nahm selbst Daud, obwohl er im Bündnis mit linken Offizieren seinen Vetter Zahir Schah 1973 gestürzt hatte¹³, 1977 für die Inkraftsetzung seiner Verfassung wieder die Legitimation durch die Loyah Jirga in Anspruch. Unter diesen Voraussetzungen war es also kein Wunder, daß König Amanullah 1929 mit seinen weitgehenden besonders die Frauen¹⁴ und die Landbevölkerung tangierenden Reformen in der Rebellion der von ihren Khanen und Mullahs angeführten Bauern scheitern mußte.

DIE SOZIALSTRUKTUREN AUF DEM LANDE

Diese enge Verbundenheit zwischen Bauern, Khan und Mullahs ist angesichts der "objektiven Daten" der ländlichen Besitz- und Sozialstrukturen nicht ohne weiteres verständlich. Zwar unterschied sich die Situation in einzelnen Provinzen oft nicht unerheblich, insgesamt aber kontrollierten ca. 2 % der Bevölkerung 73 % des bebauten Bodens, auf dem sich rund 60 % der Bauern in fast vollständiger, oft auch persönlicher Abhängigkeit befanden. Diese etwa 1,5 Millionen Familien mußten bis zu 80 % ihrer Ernteerträge abliefern und darüber hinaus Arbeitsverpflichtungen bis hin zum Kriegsdienst für ihren Khan nachkommen. Außerdem litten die Bauern unter einem wucherischen Kreditssystem mit Zinsen bis zu 300 %, hohen Brautpreisen sowie dem Zwang, die korrupte Verwaltung mit hohen Bestechungsgeldern "schmieren" zu müssen. Die Kleinbauern waren unter dem Druck dieser Belastungen häufig zur Verpfändung oder Veräußerung ihres Besitzes gezwungen, den sie dann allerdings nahtlos für den Wucherer oder Khan weiterbearbeiten durften¹⁵.

Und doch war diese "objektive" Situation eben nur eine Seite der sozialen Realitäten. Die (fort)bestehenden tradierten Sozialstrukturen mit ihren individuellen wie kollektive Notlagen weitgehend abfedernden Ausgleichsmechanismen und Gegenseitigkeitsverpflichtungen sorgten dafür, daß Abhängigkeiten und sogar die faktische Leibeigenschaft als ein zwar drückender, aber nicht unerträglicher Zustand empfunden wurden, der zudem den einzig wirksamen Schutz vor den größten existentiellen Risiken bedeutete.

Diese Gegenseitigkeitsbeziehungen finden auch sprachlich darin ihren Ausdruck, daß es für die in unseren Augen so unterschiedlichen Tatbestände "Verschuldung" und "Hilfe" nur ein Wort - "komak" - gibt. Der Khan hat in Notfällen für seine Klientel erhebliche soziale Verpflichtungen: er streckt Saatgut, Dünger und Nahrungsmittel vor, berät in Konflikt- und Streitfällen und ist Vertreter der Sippe, der Talschaft oder des Stammes nach außen¹⁶.

WIDERSTAND UND STAMMESRECHT DER PASHTUNEN¹⁷

Das Stammesrecht, das Pashtunwali, ist trotz des Islam mächtigste Klammer und Motivation des pashtunischen Widerstandes, da es als Ehren- und Rechtskodex nicht nur die internen Beziehungen der Individuen, Familien, Clans und Stämme untereinander, sondern auch die Außenbeziehungen reguliert. Oberster "Grundsatz" sind zwar die individuellen Rechte, die jedoch in einer Art Hierarchie im Falle von Bedrohung oder Gefährdung der jeweils größeren Gruppe hinter die des betroffenen Kollektivs zurücktreten. Wird der Stamm insgesamt bedroht, gilt ihm die höchste Solidarität.

Die im Pashtunwali enthaltenen Normen sind nicht nur Rechtsgrundsätze, sondern vor allem auch die Summe sämtlicher Werte des pashtunischen Weltbildes. Der in unserem Zusammenhang, wie aber auch im Gesamtsystem, wichtigste Begriff ist "nang", dessen Inhalt sich folgendermaßen beschreiben läßt: "Die Existenz des Einzelnen, der Lineage, des Clans, des gesamten pashtunischen Volkes ist ständigen Bedrohungen ausgesetzt und in keinem Moment gesichert. Ein vorbildlicher Pashtune ist verpflichtet, sich jederzeit vor die Schwachen, den Familienverband ... zu stellen, um nicht in Schmach und Schande unterzugehen und so seinen Platz in der Gesellschaft zu verlieren."¹⁸

Lösen wir den Begriff des "nang" noch in seine verschiedenen Wertkomponenten auf, so wird vollends deutlich, auf welche Weise angesichts der sowjetischen Besetzung und Kampfführung, aber auch schon zu Zeiten des Taraki-Regimes und seiner Nachfolger, das Pashtunwali den Widerstandswillen der Bevölkerung geradezu herausfordern mußte und ständig weiter herausfordern muß.

"Die wichtigste Komponente des Nang-Begriffes ist ohne Zweifel 'namus'. Namus bezeichnet den weiblichen Teil der Familie, kann auch übersetzt werden als "Keuschheit", "Gewissen", "Grundprinzipien", "Gesetz", "Ehre", "Ruf", "Würde" und "Moral". Der gleiche Begriff wird auch auf die Unversehrtheit des Stammeslandes mit Ackerböden und Weideflächen sowie auf Heimat und Vaterland angewandt. Das Pashtune ist aufgefordert, zur Verteidigung von Grund und Boden und seiner Heimat, zur Verteidigung der Frauen und Schwachen zu kämpfen. Land und Frauen garantieren die Existenz und den Fortbestand der pashtunischen Gesellschaft."¹⁹ Ihre Verteidigung bedeutet damit über das ökonomische Moment hinaus vor allem die Sicherung der Pashtunen als Volk.

Angesichts dieser "Rechtslage" kann sich der Widerstandswille in Verbindung mit der Erklärung des "Heiligen Krieges" trotz der möglichen Aussichtslosigkeit im Hinblick auf eine Vertreibung der Invasoren nur ständig reproduzieren. Ob sich aus den durch die gegnerische Kampfmaschinerie und der durch den Einsatz der Männer an der Front der Frau ansatzweise neu zuwachsenden Rolle ergebenden Notwendigkeiten stammesübergreifender Aktionen ein neues, möglicherweise "nationales Recht" ergeben könnte, kann heute kaum abgeschätzt werden²⁰.

DIE APRILREVOLUTION

Der Putsch vom 27. April 1978, seine Ursachen und Folgen können hier nur insoweit dargelegt werden, als sie in direktem Zusammenhang mit unserem Thema stehen²¹. Seit Mitte der 60er Jahre hatte sich in Afghanistan eine

linksorientierte Sammlung um die am 1. Januar 1965 gegründete "Demokratische Volkspartei Afghanistans" (DVPA) herausgebildet²², die im Gegensatz zu ihrer Programmatik weder auf dem Lande noch im ohnehin kaum vorhandenen Proletariat, als dessen führende Kraft sie sich fühlte, verankert war. Die Führung entstammte fast vollständig der Kabuler Intellektuellenschicht; die fünf- bis zehntausend Mitglieder rekrutierten sich größtenteils aus Beamten, Offizieren, Lehrern und Studenten. Viele führende Funktionäre hatten im Ausland studiert²³.

Nach dem Umsturz kündigte die neue DVPA-Regierung schnell ein großangelegtes soziales Reformprogramm an²⁴, in dessen Mittelpunkt die Garantie der kulturellen Gleichberechtigung aller Nationalitäten²⁵, die Legalisierung der Gewerkschaften sowie eine umfassende Alphabetisierungskampagne stand. Den Schwerpunkt bildete jedoch eine umfassende Landreform. Gerade hier zeigte sich jedoch sehr bald, daß das Regime zwar "objektiv" sinnvolle revolutionäre Programme erlassen konnte, über die sozialen Realitäten im ländlichen Raum aber nur äußerst unpräzise, zum Teil sicher sogar falsche Vorstellungen besaß. Die Landreform²⁶ - Festlegung der maximalen Besitzgröße auf 6 ha Boden bester Qualität und Umverteilung der darüber hinausgehenden Flächen an landlose Bauern, Pächter, Landarbeiter und Nomaden mit weniger als 1 ha Besitz - wurde ausschließlich von städtischen Kadern konzipiert und realisiert. Sie vermaß und begrenzte in den Dörfern die Areale neu, erzählten den erstaunten Bewohnern, daß dieses Land nun nicht mehr dem Khan, sondern ihnen selbst gehöre. Allerdings wollten nur wenige Bauern das verteilte Land in Besitz nehmen. Sie fragten sich wohl zu recht, was geschehe, wenn die Fremden wieder in Kabul seien. War doch allein mit dem Eigentumstitel kein Acker zu bestellen.

Wo sollte das Saatgut herkommen, wer würde für Kredite sorgen? Wer bot Schutz und Hilfe?²⁷ Der Staat konnte diese Lücke nicht füllen. Allein die notwendigen Agrarkredite hätten die unaufbringbare Summe von 10 Mrd. Afghanis (rund 380 Mill. DM) gefordert²⁸.

Vor allem aber wurde die so praktizierte Landreform als Eingriff von außen in die eigenen Souveränitätsrechte aufgefaßt, so daß der Zugriff auf das Eigentum des Khans von den Bauern als Angriff auf sich selbst verstanden werden und Widerstand provozieren mußte. Die keineswegs auf bloßer Freiwilligkeit basierende Alphabetisierungskampagne verschärfte diese Haltung dadurch noch, daß Frauen und Mädchen im Zweifelsfall gewaltsam mit Lastwagen aus den Dörfern zum Unterricht gebracht wurden²⁹.

DER WIDERSTAND

Wenn von "Widerstand" die Rede ist, dann meist von den "Parteien", die im pakistanischen Peshawar ihr Hauptquartier haben und regen Kontakt mit westlichen Journalisten pflegen³⁰. Diese Exilgruppen erwecken bewußt den Anschein, die Repräsentanten des Widerstandes zu sein; ihre Angaben sind jedoch mit kritischer Vorsicht zu werten. Ihnen unterstehen nach glaubhaften Schätzungen allenfalls 10-15 % der Kämpfer³¹.

Schon dieser Hinweis verdeutlicht die Schwierigkeiten, zu einer verlässlichen Einschätzung der militärischen und politischen Möglichkeiten, vor allem aber der Programmatik des Widerstandes zu kommen. Während die politischen Konzeptionen der Peshawar-Parteien relativ leicht darzustellen sind, gibt es nur wenige Quellen, die Rückschlüsse auf die Perspektiven des "inneren Widerstandes" zulassen³².

Der Widerstand gegen die nachrevolutionäre Regierungspolitik begann bereits vor der sowjetischen Invasion. Die meisten Berichte stimmen darin überein, daß die Anfänge spontan und unvorbereitet waren. Meistens gab es konkrete Anlässe z. B. in Zusammenhang mit der Landreform, die angesehene Stammesführer veranlaßten, mit einer oft zunächst recht kleinen Zahl von Anhängern in die Berge zu gehen und Angriffe auf Stützpunkte der Armee zu unternehmen³³. Die Aktionen waren selten koordiniert, ohne langfristige Strategie und ohne nationales politisches Programm. Dennoch entstanden langsam lokale und regionale Fronten, durch die weite Landesteile der Regierungskontrolle entzogen wurden.

DIE EXILPARTEIEN

Die Geschichte einzelner Exilparteien reicht bis in die letzten Jahre der Monarchie zurück. Die 1968 gegründete Hezb-i-Islami unter Gulbuddin Hekmatyar³⁴ ist aus der Moslemjugend und der Moslebruderschaft hervorgegangen und strebt eine fundamentalistisch-islamische Republik, einen vom Stammesdenken freien Nationalstaat revolutionär-islamischen Zuschnitts an. Aufgrund dieser auch antimonarchistischen Zielsetzung war sie bereits unter Zahir Shah in militärische Auseinandersetzungen verwickelt. Auch das Daud-Regime wurde kompromißlos bekämpft, was zum Bruch mit Jamiat Islami unter Rabbani führte, die ihre Wurzeln ebenfalls in der Moslebruderschaft hatte und versuchte, mit Daud zu einem politischen Ausgleich zu kommen.

Die als gemäßigt geltenden Gruppen entstanden erst nach der Machtübernahme durch die Chalqis. Gailani, der Führer von Inqelab-e-Melli Islami, war sogar für zwei Monate Berater der Taraki-Regierung, bevor er zum "Heiligen Krieg" aufrief³⁵. Seine Organisation gilt als die "prowestlichste" und "liberalste". Daneben gibt es die promonarchistische Nedjat-e-Melli und die vor allem von den Mullahs favorisierte Inqelab Islami des Theologieprofessors Nabi Mohammedi.

Die regimefeindlichen Proklamationen und Aktionen der Exilgruppierungen begannen schon früh. Im Mai 1978, nur wenige Tage nach dem Umsturz, wurde in den Moscheen von Kabul erstmalig zum "Heiligen Krieg" gegen die "Regierung der Ungläubigen" aufgerufen³⁶. Vor allem Hezb-i-Islami sah jetzt die Chance, die eigene Basis zu verbreitern, mußte jedoch bald erleben, daß Konkurrenzorganisationen entstanden, die mit Hekmatyars radikal-fundamentalistischem Kurs nicht einverstanden waren.

Allen Peshawar-Parteien gelang es bald, im westlichen Ausland bekannt zu werden, zumal sich mit dem inneren Widerstand und der Schwächung des Chalq-Regimes die Medien sich stärker für den Widerstand zu interessieren begannen, der allerdings nur in Peshawar und von Peshawar aus leicht zu beobachten und zu beschreiben war. So entstand der schiefe Eindruck, als ob der wachsende Positionsverlust der Regierung im Landesinneren direktes Ergebnis der Aktivitäten der Exilgruppen sei. Zersplitterung und mangelnde Koordination der militärischen Aktionen schienen dieser Auffassung nicht zu widersprechen, da es ja auch keine einheitliche und allumfassende Exilpartei gab. Beides konnte als logische Folge der Stammesdifferenzierung der afghanischen Gesellschaft interpretiert werden.

Für die heterogenen inneren Fronten traf diese Einschätzung zweifellos zu. Die Zersplitterung der Peshawar-Parteien kann jedoch nicht allein daraus erklärt werden. Ideologische Differenzen und manchmal auch persönliche Auseinandersetzungen auf der Führungsebene spielten hierbei wahrscheinlich eine zumindest ebenso große Rolle. Vor allem die fundamentalistischen Gruppen verstehen sich nicht als in Stammestraktionen eingebettet³⁷.

DIE INNERE FRONT ORGANISIERT SICH

Alle Peshawaris versuchten von Anfang an, auf den inneren Widerstand Einfluß zu nehmen. Als Haupthindernis erwies sich dabei die eigene Zersplitterung, die auch mit dem Zusammenschluß zur "Islamischen Allianz" nicht beendet wurde (zumal Hekmatyars Hezb-i-Islami sofort wieder austrat). Wenn es - vor allem nach der sowjetischen Invasion - überhaupt zu einer

Intensivierung der Verbindung der Exilgruppen mit den nicht im Grenzgebiet operierenden Widerstandsfronten kam, so deshalb, weil die Exilparteien z. T. vom Ausland finanziell und mit Waffen unterstützt werden³⁸ und eine mögliche Bezugsquelle für die Ausrüstung der inneren Fronten darstellen. Die Abkommen zwischen internem und externem Widerstand konstituieren - bis auf wenige Ausnahmen - denn auch keine politischen oder ideologischen Bindungen, sondern beziehen sich meist nur auf die Versorgung mit Waffen³⁹.

Perspektivisch wichtiger sind die Zusammenschlüsse verschiedener innerer Fronten und die dabei entstandenen neuen Organisationen. Der entscheidende Wendepunkt war zweifellos die sowjetische Invasion, durch die der Kampf eine neue Bedeutung bekam, da nun das antizentralistische Element zugunsten des gemeinsamen Kampfes gegen die Invasoren in den Hintergrund trat. Der erste Schritt bestand meist in der Bildung großräumiger Zusammenschlüsse innerhalb einer Ethnie. Die Entwicklung im zentralafghanischen Hazarajat, das ein Drittel der gesamten Staatsfläche ausmacht und als besonders isoliert und schwer zugänglich gilt, ist ein gutes Beispiel für diesen neuen Ansatz. Seit Herbst 1979 begann sich hier eine Union zu konstituieren, der inzwischen 34 Bezirke angehören und deren Bevölkerung durch gewählte Vertreter in einer 136-köpfigen "Ratsversammlung" repräsentiert ist⁴⁰. Diese Organisation ist keine eigentliche Kampforganisation, sondern im Grunde ein "Gegenstaat" mit Ministerien vergleichbaren "Kommissionen", die das Hazarajat faktisch regieren. Die Exilparteien spielen eine allenfalls unbedeutende Rolle⁴¹.

AUF DEM WEGE ZUR NATION?

Der Aufbau staatsähnlicher⁴² Strukturen ist nur ein Beispiel dafür, daß der Widerstand inzwischen sein Gesicht verändert hat. Ebenso wichtig ist, daß größere, von den Exilparteien unabhängige Kampforganisationen entstanden sind. Die "Nationale Einheitsfront" ist ein derartiges, verschiedene Ethnien umfassendes Bündnis. Ihre Kerntruppe ist die afghanische Volksbefreiungsorganisation SAMA, eine im Ausland noch weitgehend unbekannte Gruppe⁴⁸, die von den Exilparteien mit Argwohn beobachtet wird. Hezb-i-Islami zählt die SAMA inzwischen offiziell zu ihren Feinden⁴⁴. Vor allem wird der Vorwurf erhoben, die Volksbefreiungsorganisation sei anti-religiös, eine Behauptung, die im Widerspruch zur deutlichen Betonung des Islam als Kristallisationskern der nationalen Identität Afghanistans durch die SAMA steht. Richtig ist allerdings, daß sie eine islamische Republik nach iranischem Vorbild ablehnt. Sie sieht ihr Ziel darin, nach der Vertreibung der Sowjets einen Nationalstaat aufzubauen, der auf der traditionellen Kultur basiert und in dem die notwendigen politischen und sozialen Veränderungen das Ergebnis einer allmählichen Entwicklung von unten sind⁴⁵.

Inzwischen scheint die afghanische Gesellschaft durch den Krieg einem Transformationsprozeß unterworfen zu sein, der in eine ähnliche Richtung weist. Es deutet sich - erzwungen durch die Erfordernisse einer effektiven Kriegsführung - eine Solidarisierung unterschiedlicher Volksgruppen an, die die Grundlage für die Herausbildung einer afghanischen Nation sein könnte. Darüberhinaus gibt es Anzeichen für sozio-kulturelle Veränderungen - z. B. bei der Stellung der Frau - die sich vielleicht als ein Element eines "Modernisierungsprozesses von unten" erweisen⁴⁶.

Jede Prognose kann heute nur verfrüht sein. Noch ist nicht ausgemacht - von dem politischen und militärischen Ausgang einmal ganz abgesehen - ob sich die im Kampf gegen eine fremde Militärmacht entstandenen sozialen Veränderungen als wirksame Faktoren einer dauerhaften gesellschaftlichen Transformation erweisen, in der Tradition und Gegenwart gleichberechtigt Platz haben oder ob die Jahrhunderte alten Stammesstrukturen wieder dominieren werden.

Anmerkungen:

- 1) Wie z. B. der ethnisch-religiös begründete Konflikt zwischen den mongolischen schiitischen Hazara und den sunnitischen Paschtunen.
- 2) zitiert in: Die Zeit, Nr. 1, 1.1.82
- 3) Der antizentralistische Kampf ist ein konstitutives Merkmal der afghanischen Geschichte. Siehe hierzu auch die Arbeit von Willi Steul, Paschtunwali im Widerstand, in: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung (Hrsg.), Revolution in Iran und Afghanistan - mardamnameh - Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients, Frankfurt 1980, S. 260-263 (im folgenden zitiert als Jahrbuch).
- 4) Vgl. dazu als literarischen Niederschlag etwa Kipling, R., Das große Spiel. Jagd, München 1978 (erste Ausgabe Leipzig 1925).
- 5) Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der jüngeren Geschichte liefert Fred Halliday in "Revolution in Afghanistan" (im folgenden zitiert als Halliday, Revolution), erstmalig veröffentlicht in New Left Review Nr. 112, Nov./Dez. 1978, S. 3-44, hier zitiert nach der deutschen Übersetzung in "Afghanistan zwischen Marx und Mohammed - Teil I", hrsg. v. Günter Schröder, Gießen 1980, S. 14-77. Weitere Darstellungen u. a. in "Afghanistan - Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, hrsg. v. Prof. Willy Kraus, Tübingen und Basel 1972 (insbes. S. 95 ff) und im "Area Handbook for Afghanistan", hrsg. im Auftrag

- der Foreign Area Studies of American University, Washington 1973 (4. Auflage), S. 37 ff. Als Darstellung aus afghanischer Sicht liegt Mohammed Ali, *A Short History of Afghanistan*, Kabul 1970, vor.
- 6) Diese Einschätzung teilt u. a. jüngst Kohlschütter, Andreas, An den Krücken des Kreml, in: *Die Zeit* 1/ 1.1. 82; Einzelheiten siehe bei Gerd Linde, *Afghanistan und der Nachbar im Norden*, in: Vogel, Heinrich (Hrsg.), *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Baden-Baden 1981, S. 67-92. Wolfgang Berner unterscheidet verschiedene Phasen der sowjetischen Afghanistan-Politik: während vor 1955 Afghanistan die Rolle eines "zentralasiatischen Finnland", eines "orientalischen Musterbeispiels für 'friedliche Koexistenz'" gespielt habe, sei es in den Folgejahren - nicht zuletzt auch als Konsequenz der Einbeziehung der Türkei, Irans und Pakistans in westlich orientierte Bündnissysteme - zusätzlich darum gegangen, Afghanistan enger an die Sowjetunion zu binden. Berner, W., *Der Kampf um Kabul - Lehren und Perspektiven* in: Vogel, a. a. O., S. 331
- 7) Vgl. dazu Grevemeyer, Jan-Heeren, *Afghanistan: Das "Neue Modell" einer Revolution und der dörfliche Widerstand*, in: *Jahrbuch*, S. 152 f.
- 8) Halliday, a. a. O., S. 25
- 9) Es handelte sich dabei um die Kontrolle des Rechtswesens und der Gesetzgebung durch die Mullahs. Ein treffendes Beispiel für den geistlichen Widerstand gegen jede Beschneidung ihres Einflusses gibt Tabibi, Latif, *Staatliches und traditionelles Recht in Afghanistan Probleme und Materialien*, in: *Jahrbuch*, a. a. O., S. 240 f. Die vollständige Restauration der Rechte der Mullahs erfolgte dann unmittelbar nach Amanullahs Sturz durch Nadir Schah. Vgl. ebd. S. 243 f.
- 10) Halliday, a. a. O., S. 37
- 11) So war Kabul mit seinen 750 000 Einwohnern nur mit 4 Sitzen vertreten. In den ländlichen Gebieten stimmten nur etwa 10 % der Wahlberechtigten ab und "außerhalb einiger weniger städtischer Zentren wählten überhaupt keine Frauen..." Halliday, a. a. O., S. 44
- 12) vgl. Halliday, a. a. O., S. 44
- 13) ebd., S. 54 ff.; ferner u. a. Wiegand, Winfried F., *Nicht aus heiterem Himmel*, Zürich 1980, S. 41 ff.; vgl. auch *Frankfurter Rundschau* v. 25. 8. 1973 (Ein rätselhaftes Komitee).
- 14) Amanullah selbst erklärte, daß der "Eckstein des zukünftigen neuen Afghanistan die Emanzipation der Frauen sein werde ...", zitiert in: Halliday: a. a. O., S. 34

- 15) Zur sozialen Lage vgl. Area Handbook, a. a. O., S. xviii-xxii u. S. 109-134; Paech, Norman, Revolution in Afghanistan oder sowjetische Invasion? in: Druck und Papier vom 11. 2. 1980, S. 26 ff.; Halliday, Revolution, a. a. O., vor allem S. 58-64
- 16) Zu den Strukturen auf dem Lande vgl. Jahrbuch, a. a. O., hier vor allem den Aufsatz von Grevemeyer, S. 140-176
- 17) Die Pashtunen werden hier als Beispiel herangezogen, da sie "wohl über die ausgeprägteste Tradition des Widerstandes gegen jeglichen Eingriff in ihre persönlichen oder kollektiven Rechte verfügen..." Greussing, Kurt; Grevemeyer, Jan-Heeren, Editorial, in: Jahrbuch, a. a. O., S. 10. Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf die Arbeiten von Steul, Willi, Pashtunwali und Widerstand - Stammesgesellschaft im Staat: Die Pashtunen in Paktia, ebd. S. 250 ff. sowie Sigrist, Christian Pashtunwali - Das Stammesrecht der Pashtunen, ebd. S. 264 ff.
- 18) Steul, Willi, ebd., S. 255 f.
- 19) ebd., S. 256
- 20) siehe dazu ausführlicher den Abschnitt "Auf dem Wege zur Nation?" dieses Aufsatzes.
- 21) Hierzu sei vor allem auf Halliday, Revolution ..., a. a. O., S. 56-58 verwiesen, daneben auch auf Berner, W., a. a. O., S. 319-366 und auf Wiegand, Winfried, F., a. a. O., S. 53 ff.
- 22) Das Parteiprogramm von 1966 ist abgedruckt in Karl-Heinrich Rudersdorf, Afghanistan - eine Sowjetrepublik? Reinbek 1980, S. 142-146
- 23) Vgl. die Biographien Tarakis, Karmals und Amins in: Wiegand, a. a. O., S. 293 ff und in: Berner, a. a. O., S. 347 ff. Zur sozialen Zusammensetzung der DVPA siehe auch Halliday, Revolution ..., a. a. O., S. 50, der unter Berufung auf eine Äußerung Tarakis anführt, daß die meisten Parteimitglieder Lehrer waren.
- 24) Vgl. hierzu die Regierungserklärung Tarakis über Radio Kabul (am 9. 5. 78 um 20⁰⁰ Uhr), auszugsweise in Rudersdorf, a. a. O., S. 147-149; Bericht über die Pressekonferenz Tarakis vom 6. 5. 1978 in der Kabul Times vom 13. 5. 78; Interview mit Taraki in der Zeit vom 9. 6. 78, S. 4 (Die neue Klasse Kabuls).
- 25) Bereits am 15. 5. 1978 gab die Regierung bekannt, es seien Rundfunkprogramme in usbekischer, turkmenischer, belutschistanischer und nuri-stanischer Sprache geplant (Dekret Nr. 4). Kabul Times, 16. 5. 1978

- 26) Zur Landreform vgl. die Dekrete 6 und 8 des Revolutionsrates vom 12. 7. und vom 28. 11. 1978, in: Rudersdorf, a. a. O., S. 150 ff. Zum Verlauf und zur Einschätzung der Landreform liegen eine Fülle von Aufsätzen und Presseberichten vor. Hier sei nur verwiesen auf Halliday, Krieg und Revolution in Afghanistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" 23/81, 6. 6. 81, S. 20-39; Greve-meyer, Jan-Heeren, Afghanistan - das neue Modell einer Revolution und der dörfliche Widerstand, in: Jahrbuch, a. a. O., S. 140-176; Jean-Alain Rouinsard und Claude Soulard, a. a. O.; Alexandre Dastaro und M. Levent, Das Erwachen der Nationalitäten in: Le Monde Diplomatique, Februar 1980 (deutsche Übersetzung in "Afghanistan zwischen Marx und Mohamed Teil II", a. a. O., S. 106-119). Upheaval in Afghanistan, a. a. O., S. 1344 f.; Klaus Reinhardt, Taraki ist klug - Allah ist weise in: DER SPIEGEL 12 vom 19. 3. 1979
- 27) Feroz Ahmed, ein synpathisierender Augenzeuge der Ereignisse hat die Reaktion der Bauern auf die dekretierte Landreform in einem Interview mit MERIP-Reports (hrsg. vom Middle East Research and Information Project), Washington, Juli/August 1980, sehr lebendig beschrieben (Nachdruck unter der Überschrift "Afghanistan - A Revolution Misled" in: Intercontinental Press, New York, 34/1980 vom 15. 9. 1980, S. 949 ff. Zu dieser Beschreibung kontrastiert der schönfärberische Bericht von Rolf Günter (Am "Schaltpult" der Agrarrevolution) im Neuen Deutschland vom 22. 6. 1979
- 28) Diese Zahl ist das Ergebnis einer Berechnung von Greve-meyer, a. a. O., S. 167
- 29) Zur Stellung der Frau bei den Pashtunen vgl. Sigrist, a. a. O., S. 273-7. Zur Alphabetisierungskampagne vgl. Thomas Ross, Taraki, Amin und die afghanische Methode, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 5. 1979; Peter Wald, Afghanistan: Entwicklung als Folge gesellschaftlicher Veränderung, in: E + Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), hrsg. Deutsche Stiftung für Entwicklung, Heft 6/79, S. 21 f.
- 30) Vgl. beispielhaft die Berichterstattung Scholl-Latours im SPIEGEL 34 v. 17. 8. 1981 und im ZDF
- 31) Vgl. Jan Ali, Der afghanische Widerstand als nationale und antikoloniale Bewegung in: Afghanistan - Blätter hrsg. vom Komitee zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in Afghanistan e. V., Heft 2/3, Dezember 1981, S. 3 f.
- 32) Derartige Berichte werden regelmäßig in den Afghanistan-Blättern, a. a. O., veröffentlicht. Da sich diese Zeitschrift keiner politischen Linie verpflichtet fühlt und sich als Forum kontroverser Meinungen zu

Afghanistan versteht, ist das dort publizierte Material nicht politisch selektiert und erleichtert durch den Vergleich unterschiedlicher Einschätzungen eine kritische Analyse.

- 33) Vgl. hierzu den Lebenslauf des Widerstandsführers Haji Mohammed Anwar Khan (Provinz Farah), Afghanistan-Blätter 2/3, a. a. O., S. 7ff.
- 34) Neben diesem - wichtigeren - Hezb-i-Islami-Flügel unter Hekmatyar existiert ein weiterer unter Younes Khales, der als ausgesprochen rechtskonservativ und reaktionär gilt.
- 35) Wiegand, a. a. O., S. 230
- 36) ebd., S. 210
- 37) ebd., S. 224
- 38) Sadat berichtete der Presse kurz vor seinem Tod, daß Ägypten von den USA finanzierte Waffen an Exilorganisationen weiterleitet (vgl. Frankfurter Rundschau v. 24. 9. 1981)
- 39) Daß es sich um reine Versorgungsabkommen handelt, wird auch dadurch belegt, daß ein und dieselbe Gruppe oft Beziehungen zu mehreren Parteien unterhält (vgl. Afghanistan-Blätter 2/3, a. a. O., S. 32)
- 40) Vgl. hierzu und zum folgenden das Interview mit Sayyed Ali Beheshti, dem gewählten Chef der Union. In: Afghanistan-Blätter 2/3, a. a. O., S. 10
- 41) Beheshti über die Exilparteien: "Ich weiß nicht besonders viel von ihnen, aber was den Kampf angeht, haben wir Verbindungen. Was die Ideen angeht, stimmt es, daß wir anders denken." (ibd., S. 10).
- 42) Dieser Begriff ist für das Hazarajat insofern mißverständlich, als die Union dort mittlerweile der Staat ist. Die Kabuler Regierung verfügt nur noch über den Militärstützpunkt von Bamiyan, der meist nur aus der Luft versorgt werden kann.
- 43) Die westlichen Medien haben über die SAMA bislang nur wenig berichtet. Die folgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf Veröffentlichungen von D. Khaled, Mitarbeiter des Deutschen Orientinstitutes Hamburg u. a. im Internationalen Asienforum. Vol. 11, Nr. 3/4, November 1980, S. 197-228; Sendung in RIAS II am 29. 12. 1980, 22⁰⁰ - 22³⁰ Uhr, abgedruckt in: Afghanistan-Blätter 1, a. a. O., S. 12; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 29/80 vom 13. 7. 1980
- 44) Hekmatyar im Februar 1981 auf einer Veranstaltung in Berlin: "Unsere Position gegenüber dieser Organisation ist klar, wir zählen sie zu unseren Feinden. Jeder, dessen Ideologie und Position nicht mit dem Ziel

der Revolution vereinbar ist, ist ein Feind der Revolution. Jeder, der gegen die Ideologie der Revolution ist, steht im Dienst des Feindes und schwächt den Widerstand." (zit. nach Afghanistan-Blätter 1, a. a. O., S. 20)

- 45) Neben der SAMA gibt es noch weitere Gruppen mit ähnlichen Vorstellungen z. B. in Paktia die "Moslemischen Freiheitskämpfer Afghanistans" unter Khazan Gul, der in einer Stellungnahme vom April 1981 schrieb: "Aber wenn die Afghanen ihre gesellschaftlichen Strukturen nicht neu ordnen und für ihr Leben keine weiteren Quellen finden oder Bedingungen herstellen können, dann wird ihr heiliger Wunsch von der Zukunft, ein freies, selbständiges und fortschrittliches Afghanistan zu besitzen, nicht erfüllt werden." (zit. nach Afghanistan-Blätter 2/3, a. a. O., S. 21)
- 46) Clemens Baum und Maria Hof, zwei ehemalige Entwicklungshelfer, die im Frühjahr 1981 zwei Monate Paktia und das Hazarajat besuchten, berichten von dem Aufbau einer Textilproduktion, durch den die Frauen kämpfender Männer den Unterhalt der Familien sicherstellen. Hier wird ihre Arbeitskraft erstmalig bezahlt; außerdem arbeiten sie nicht isoliert zu Hause, sondern gemeinsam im Handwerksbetrieb des Dorfes. Afghanistan-Blätter 2/3, a. a. O., S. 14